L1n Kohleausstieg in Sachsen-Anhalt (Leitantrag)

Gremium: GRÜNE JUGEND Landesvorstand
Beschlussdatum: 04.03.2023
Tagesordnungspunkt: 3.1. Leitantrag

Antragstext

1 Kohleausstieg in Sachsen-Anhalt

2 Die Klimakrise ist zweifellos eine der größten Bedrohungen unserer Zeit – von
3 der verheerenden Flutkatastrophe im Ahrtal bis zu dem Waldsterben im Harz. Die
4 Folgen der verfehlten Klimapolitik der letzten Jahrzehnte sind auch bei uns
5 bereits klar erkennbar. Umso erschreckender ist es zu sehen, dass die
6 Landesregierung noch immer so handelt, als würde es die Klimakrise nicht geben.
7 Das Pariser Abkommen wird gänzlich verfehlt. Eine Hauptursache dafür ist die
8 verschleppte Energiewende. Statt auf eine schnelle Transformation zu einer
9 klimaneutralen Stromproduktion, setzen Ministerpräsident Haseloff und
10 Wirtschaftsminister Schulze auf die klimaschädliche, umweltzerstörende und
11 technisch längst überholte Braunkohle. Damit gefährden sie nicht nur unser
12 Klima, sondern auch die Versorgungssicherheit und Arbeitsplätze in unserem
13 Bundesland.

14 Wer heute noch langfristig plant, auf Kohle zu setzen, der setzt auf
15 Deindustrialisierung, setzt auf Energieengpässe, setzt auf soziale Krise mit
16 Ansage. Und setzt unser aller Zukunft aufs Spiel.

17 Sachsen-Anhalts Braunkohleminen sind voraussichtlich ab 2034 ausgekohlt. Das
18 bedeutet, dass ab diesem Zeitpunkt keine Braunkohle mehr gefördert und teure
19 Kohle importiert und verstromt werden müsste. Ein Weg, der sich so weder
20 versorgungstechnisch, preislich, noch unter dem Aspekt des Klimaschutzes für
21 Sachsen-Anhalt rechnen wird.

22 Die Bestrebungen der CDU, einen Kohleausstieg für Sachsen-Anhalt frühestens ab
23 2038 zu verwirklichen, ist nicht nur in größtem Maße realitätsfern, sondern ist
24 auch eine tatsächliche Gefahr. Selbst ein Kohleausstieg im Jahre 2034 im
25 mitteldeutschen Revier ist klimatechnisch brandgefährlich. Deshalb ist es jetzt
26 zwingend notwendig eine Wende in der Energiepolitik hin zu einem Kohleausstieg
27 spätestens 2030 zu erreichen!

28 Gemeinsam für Klimagerechtigkeit!

29 In Kooperation mit den Landesverbänden in Brandenburg und Sachsen sowie mit der
30 GRÜNEN JUGEND als Ganzem setzt sich die GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt aktiv für
31 einen pariskonformen Kohleausstieg in Ostdeutschland ein. Nur mit einer
32 gemeinsamen Kraftanstrengung zusammen mit vielen weiteren Bündnispartner*innen
33 wird es möglich sein, einen klimagerechten Osten zu erreichen...

34 Die GRÜNE JUGEND bringt durch ihre weitreichenden Verbindungen zu den
35 unterschiedlichsten Akteur*innen den Druck von der Straße in die Parlamente.
36 Dabei sehen wir uns insbesondere als Bindeglied zwischen anderen Initiativen.
37 Dafür wollen wir unsere Kontakte zu Klimabündnissen in Sachsen-Anhalt nutzen und
38 ausbauen, und uns aktiv an der Vorbereitung und dem Aufbau neuer Bündnisse
39 beteiligen. Nur wenn wir die Mittel und Möglichkeiten vieler Partner*innen
40 zusammenbringen, können wir als Bewegung gemeinsam davon profitieren.

41 Wenn die Regierungen es nicht eigenständig schaffen, tatsächlichen 1,5-Grad-
42 konformen Klimaschutz zu betreiben, dann braucht es den Druck von der Straße.
43 Diesen Druck müssen und werden wir massiv erhöhen.

44 Kohleausstieg im Osten 2030

45 Die Bundesnetzagentur ist in ihrem aktuellen Bericht zu dem Entschluss gekommen,
46 dass durch einen auf 2030 vorgezogenen Kohleausstieg in Ostdeutschland die
47 Stromversorgung nicht gefährdet wäre. Selbst bei steigendem Energiebedarf würde
48 es laut Bundesnetzagentur¹ nicht zu Engpässen im Energiesektor kommen. Es ist
49 jedoch zwingend notwendig, den Ausbau der erneuerbaren Energien in Sachsen-
50 Anhalt dafür mit aller Kraft voranzubringen.

51 Wichtig ist es zudem aus den Hinterzimmerdeals mit RWE zu lernen. Einen
52 Kohlekompromiss mit der Mitteldeutschen Braunkohlegesellschaft (MIBRAG), der
53 von Intransparenz und geschönten Zahlen geprägt ist, wie es in Nordrhein-
54 Westfalen der Fall gewesen ist, können wir uns nicht leisten. Es braucht ein
55 Gutachten, welches wissenschaftlich fundiert und ohne marktwirtschaftliche
56 Beeinflussung aufzeigt, wie viel Braunkohle bis 2030 tatsächlich noch im
57 Energiesektor benötigt wird. Wir wollen einen transparenten und Paris-konformen
58 Ausstiegsplan, der in erster Linie die Bedürfnisse der Menschen vor Ort und den
59 Schutz unserer Lebensgrundlagen berücksichtigt. Und wir sind überzeugt: Neben
60 einer grundsätzlich neuen Schwerpunktsetzung in der Energiepolitik und einer
61 dringend notwendigen Transformation der (Energie)wirtschaft in Sachsen-Anhalt,
62 braucht es als Antrieb für all diese Veränderungen einen Kohleausstieg bis
63 spätestens 2030.

64 Keine neuen Flächen für Kohle - Lützen ist nicht Lützerath

65 Lützen, Profen/Domsen und Amsdorf – Das sind die Gebiete, die im aktuellen
66 Landesentwicklungsplan Sachsen-Anhalts als Vorranggebiete für die
67 Braunkohlegewinnung ausgewiesen sind. Auch wenn diese Gebiete nicht länger
68 unmittelbar bedroht sind, so sind sie dennoch eine Hintertür für Konservative,
69 um sich an die Braunkohle und damit schmutzige Energie zu klammern. Wir fordern
70 daher die Landesregierung auf, in der aktuellen Neuaufstellung des
71 Landesentwicklungsplans alle noch nicht genutzten Vorranggebiete für Braunkohle
72 zu streichen.

73 Weg mit der Kohle - her mit den Perspektiven!

74 Die Ausgangslage in Sachsen-Anhalt für einen vorgezogenen Kohleausstieg ist
75 denkbar schlecht. Trotz fundierter Berichte verschläft unsere Landesregierung
76 die so dringend notwendigen Veränderungen bewusst. Der Braunkohletagebau und die
77 damit verbundenen Arbeitsplätze werden schamlos instrumentalisiert, um das
78 Märchen der Massenarbeitslosigkeit im mitteldeutschen Revier aufrecht zu
79 erhalten. Momentan arbeiten ca. 6000 Menschen in Sachsen-Anhalt unmittelbar in
80 der Braunkohle. Mit einem früheren Ausstieg aus der Kohle fallen laut der CDU-
81 Fraktion alle in der Braunkohle tätigen Arbeiter*innen in die Arbeitslosigkeit.
82 Man ignoriert hierbei den enormen Fachkräftemangel, der in unserem Land
83 herrscht.

84 Es ist essenziell, die Arbeiter*innen in der Braunkohle abzusichern. Dafür
85 braucht es vorausschauende Planungen, um einerseits die Arbeitslosigkeit zu
86 verhindern und die Menschen als fähige Fachkräfte in den Arbeitsmarkt zu

87 integrieren. Andererseits müssen diejenigen, die Umschulungen benötigen,
88 aufgefangen und unterstützt werden, damit sie nicht als Verlierer*innen aus dem
89 Transformationsprozesses unseres Bundeslandes gehen.

90 Das bereits absehbare Ende der Kohle erzwingt einen Umbau der Wirtschaft im
91 Osten im Allgemeinen und in Sachsen-Anhalt im Besonderen. Damit einher gehen
92 aber auch Chancen für neue, zukunftsfeste Arbeitsplätze.

93 In großen Mengen verfügbarer Strom aus den Erneuerbaren ist kostengünstig und
94 somit ein enormer Standortvorteil, gerade für jene Regionen in Sachsen-Anhalt,
95 die mehr Energie produzieren als sie verbrauchen können. Neuansiedlungen von
96 Unternehmen wie Intel sind auch darauf zurückzuführen. Wenn es Sachsen-Anhalt
97 also schafft, die großen Potenziale z.B. für Windenergie geschickt zu nutzen,
98 kann man zukünftig mit vielen neuen und perspektivreichen Arbeitsplätzen
99 rechnen.

100 Ausbau der erneuerbaren Energien

101 Ohne den Ausbau der erneuerbaren Energien ist ein vorgezogener Kohleausstieg in
102 Sachsen-Anhalt unerreichbar. Aus diesem Grund ist es jetzt an der Zeit den
103 Transformationsprozess zu starten, um in sieben Jahren aus der Braunkohle
104 aussteigen zu können und unsere Energie aus der Windkraft, Photovoltaik und
105 anderen erneuerbaren und echt klimaneutralen Energieformen zu gewinnen.

106 Mit dem Ausstieg aus der Braunkohleindustrie in Sachsen-Anhalt ergeben sich
107 viele Bergbaufolgeflächen. Diese gilt es zu nutzen und anzupassen. Die
108 Bergbaufolgeflächen der MIBRAG eignen sich perfekt, um auf ihnen Windparks und
109 Solarparks zu errichten. Dadurch werden diese sonst brach liegenden Flächen für
110 den Ausbau der Erneuerbaren genutzt und bieten der MIBRAG die Möglichkeit auch
111 nach 2030 noch als Energiekonzern in Sachsen-Anhalt zu existieren. Die MIBRAG
112 zeigt bereits jetzt Bestrebungen sich in diesem Markt zu etablieren. Deren
113 Absichten sind jedoch rein marktwirtschaftlicher Natur. Das bedeutet, dass das
114 Unternehmen so lange an der Braunkohle festhalten wird, bis daraus keine Profite
115 mehr erzielt werden können. Eine Chance bietet dieser Umbau für den
116 Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt jedoch trotzdem. Neben der Windkraft und der
117 Solarenergie hat die MIBRAG auch ihr Interesse an Wertschöpfungsketten von
118 grünem Wasserstoff gezeigt. Damit würden sie in Sachsen-Anhalt auf große
119 Nachfrage stoßen. Viele Stakeholder haben ein Interesse daran in Sachsen-Anhalt
120 einen Produzenten für Wasserstoff zu haben.

121 Deshalb ist es wichtig, mit der MIBRAG in Verhandlungen zu einem früheren
122 Kohleausstieg zu treten und ihnen die Chancen dieses Transformationsprozesses zu
123 verdeutlichen. Damit gehen wir einen wichtigen Schritt zur Klimaneutralität und
124 zu einem gestärkten Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt.

125 Aber auch außerhalb dieser Folgeflächen müssen die erneuerbaren Energien weiter
126 ausgebaut werden. Sachsen-Anhalt ist eines der Bundesländer, in dem es sehr
127 viele Flächen gibt, auf denen Windkraftanlagen im Einklang mit Mensch und Natur
128 errichtet werden können. Dieses Potenzial gilt es jetzt auch zu nutzen.

129 Zudem fordern wir ein Umdenken, wie wir Energie gewinnen und wer sie erzeugt.
130 Energieversorgung ist kritische Infrastruktur und sollte daher grundsätzlich
131 nicht gewinnorientiert ausgerichtet sein. Statt uns von Klimaschädlichen
132 Rohstoffen, Despoten und Großunternehmen abhängig zu machen, muss die Energie

133 der Zukunft echt klimaneutral, dezentral und gemeinwohlorientiert gewonnen
134 werden.

135 Wir wollen Solarparks und Windkraftanlagen in Bürger*innenhand. Kommunen, die
136 Flächen für erneuerbare Energiegewinnung bereitstellen, müssen davon vor Ort
137 konkret profitieren. Private Anschaffungen z.B. von Solaranlagen für das Dach
138 müssen erleichtert und bei Neubauten verpflichtend werden. Gerade Gebäude in
139 öffentlicher Hand müssen Vorbilder dezentraler Energieversorgung sein. Wir
140 brauchen Speichertechnologien wie z.B. Wasserstoff, um die Schwächen einiger
141 erneuerbarer Energien auszugleichen. Es braucht rundum eine
142 gesamtgesellschaftliche und von der Politik angetriebene Transformation, damit
143 wir bis 2030 vollständig unabhängig von der Kohle sind.

144 ¹[https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/V/versorgungssicherheitsbericht-](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/V/versorgungssicherheitsbericht-strom.pdf?__blob=publicationFile&v=4)
145 [strom.pdf?__blob=publicationFile&v=4](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/V/versorgungssicherheitsbericht-strom.pdf?__blob=publicationFile&v=4)

Begründung

2023 wurde als Klimajahr in unserem Verband ausgerufen und dem widmen wir uns jetzt auch! Ein vorgezogener Kohleausstieg in Ostdeutschland ist der Dreh- und Wendepunkt in der Klimapolitik in unserem Land. Wir können es uns nicht leisten unserer Stillstandskoalition in Sachsen-Anhalt dabei zuzusehen, wie sie eine Klimawende um jeden Preis verhindern will. Als GRÜNE JUGEND stellen wir uns dem entgegen und nutzen den Druck von der Straße, um für eine klimagerechte Zukunft zu kämpfen.